

Die Verpflichtung des 8. Mai 1945

Rede von Kurt Hager zum 44. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Werte Anwesende, Genossinnen und Genossen!

Seit dem 30. April 1945 wehte über dem Reichstag die von Soldaten der Sowjetarmee gehißte rote Fahne des Sieges und der Befreiung. Wenige Tage später — am 8. Mai — unterzeichneten in Berlin-Karlshorst die Vertreter des faschistischen Oberkommandos die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reichs. Der zweite Weltkrieg war in Europa zu Ende. Die Sowjetunion und die anderen Staaten der Antihitlerkoalition, die Völker unseres Kontinents, die sich gegen die faschistische Terrorherrschaft erhoben, hatten gesiegt.

Auch für das deutsche Volk war der Tag der Befreiung gekommen, waren Verstrickung in Rassenwahn und Herrenmenschen, Gestapoteror und Unterdrückung vorüber. Ein neues Kapitel der Geschichte konnte beginnen.

Dieses Kapitel haben auch die deutschen Antifaschisten eröffnet, die Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die Christen, bürgerlichen Demokraten und Männer des 20. Juli 1944, die Mitglieder des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und der Freien Deutschen Bewegung. Es gelang ihnen nicht, aus eigener Kraft das Hitlerregime zu stürzen, doch haben sie durch ihren selbstlosen Kampf in der Illegalität, in Konzentrationslagern und Zuchthäusern, in der Emigration die Ehre des deutschen Volkes gerettet.

Wir begehen diesen Tag im Bewußtsein unauslöschlicher Dankbarkeit

Alljährlich begehen wir den 8. Mai in dem Bewußtsein unauslöschlicher Dankbarkeit gegenüber den Kämpfern der Sowjetarmee und der anderen Mächte der Antihitlerkoalition, gegenüber all jenen, die durch ihren Heldentum diesen Tag der Befreiung herbeiführten. Der 8. Mai 1945 wird immer im Gedächtnis unseres Volkes lebendig bleiben. (Starker Beifall)

Der zweite Weltkrieg, dessen Ausbruch sich 1939 zum 50. Male jährt, war der furchtbarste, schrecklichste aller bisherigen Kriege. Unvorstellbar groß war der Blutzoll, den der faschistische Raub- und Eroberungskrieg forderte. Über 50 Millionen Menschenleben raffte die Kriegsfurie dahin. Sie fielen an den Fronten, starben im Bombenhagel oder waren das Opfer von Mord und Terror der Gestapo und SS. Etwa 11 Millionen Menschen wurden in den faschistischen Konzentrationslagern, den Vernichtungslagern und Zuchthäusern ermordet, darunter Millionen jüdischer Bürger, Tausende und aber Tausende Antifaschisten und Patrioten aus fast allen europäischen Staaten.

Die Sowjetunion trug die Hauptlast des Krieges. Sie mußte einem heimatlichen, kriegserfahrenen Gegner standhalten, der wortbrüchig mit 5,5 Millionen Soldaten und einer zunächst überlegenen Militärführung über sie herfiel. Der faschistische deutsche Imperialismus konnte sich zudem auf die wirtschaftlichen Ressourcen der okkupierten Staaten Europas stützen. Während des gesamten Krieges blieb die sowjetisch-deutsche Front die entscheidende Front.

Dieser Krieg war die härteste aller Prüfungen, denen der Sowjetstaat und die Gesellschaftsordnung der Sowjetunion unterzogen werden konnten. Wenn diese Prüfung bestanden wurde, so, weil die Völker der UdSSR und ihre Streitkräfte unter Führung der Partei Lenins, der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, an der Front und im Hinterland all ihre Kräfte einsetzten, mit glühendem Patriotismus und hoher sozialistischer Moral den Kampf aufnahmen und den Beweis für die Überlegenheit der Ideen der Oktoberrevolution, der Ideen des Sozialismus über den Ungeist des Faschismus erbrachten.

Heroische Leistungen des Sowjetvolkes markieren das „russische Wunder“

Die Grundlagen für den Sieg wurden in hohem Maße schon vor dem Krieg gelegt. Nach dem Bürgerkrieg, den Interventionen Kriegen und der Periode der Neuen Ökonomischen Politik setzte in der zweiten Hälfte der 20er Jahre die planmäßige und beschleunigte Industrialisierung des Landes ein. Aus einem rückständigen Land, aus dem Rußland der Baststühle, verwandelte sich die Sowjetunion in einen mächtigen Industriestaat mit einer starken Schwerindustrie. Gleichzeitig vollzog sich auf dem Lande durch die Kollektivierung eine grundlegende Umgestaltung der Produktionsverhältnisse.

Solche heroischen Leistungen des Sowjetvolkes wie der Aufbau von Magnitogorsk, von Uralmasch und Dnjeprprostri, und vieler anderer Werke sowie die Beseitigung des Analphabetentums und die umfassende Kulturrevolution markieren das „russische Wunder“, das die Welt in Erstaunen versetzte und von den Kommunisten, von klassenbewußten Ar-

beitern und fortschrittlichen Vertretern der Intelligenz überall mit Begeisterung aufgenommen wurde.

Naturngemäß erforderte der Aufbau des Sozialismus die theoretische Klärung vieler komplizierter neuer Probleme. In der Praxis kam es zu nicht wenigen Schwierigkeiten und Konflikten. Die Sowjetunion befand sich in einer Umkreisung durch imperialistische Mächte, die alles daran setzten, das Wachsen und Gedeihen des ersten Landes des Sozialismus zu verhindern. Ersten Schaden richteten auch in den Reihen der Roten Armee die in den Jahren 1937 und 1938 von Stalin veranlaßten, durch nichts zu rechtfertigenden Repressalien und Gesetzerletzungen an.

Fakten widerlegen alle Geschichtslügen

Von Historikern und Publizisten der BRD werden in jüngster Zeit zahlreiche Versuche unternommen, das Naziregime von der Schuld an der Entfesselung des zweiten Weltkrieges und im besonderen von der Schuld an Überfall auf die Sowjetunion reinzuwaschen. Mit frecher Stirn wird behauptet, Hitler sei erst durch Stalin zu seinen Abenteuern ermuntert worden, er sei einem Angriff der Sowjetunion zuvorgekommen. Die historischen Tatsachen widerlegen alle derartigen Lügen.

Das faschistische Deutschland steuerte seit 1933 zielstrebig auf die Verwirklichung der von Hitler schon frühzeitig ausgearbeiteten Pläne zur Eroberung der Welt Herrschaft zu, die von den Konzernherren und Bankiers gebilligt worden waren. In Wahrheit begann der zweite Weltkrieg nicht erst am 1. September 1939, am Tag des Überfalls auf Polen. Er begann im Grunde schon mit dem Einmarsch der Wehrmacht in das entmilitarisierte Rheinland, mit der Annexion Österreichs, mit der Eroberung der faschistischen Kriegsmaschinerie gegen die Spanische Republik, bei deren Verteidigung auch mehr als 3000 deutsche Interbrigadisten ihr Leben ließen, mit dem Münchner Diktat und der Auslieferung der Tschechoslowakei an Hitlerdeutschland.

Die Sowjetunion unternahm in den 30er Jahren große Anstrengungen, um ein System der kollektiven Sicherheit gegen die faschistischen Achsenmächte zu schaffen. Alle ihre Vorschläge wurden jedoch durch die Westmächte abgelehnt oder ignoriert. Mehr noch, das faschistische Raubtier wurde von diesen Mächten ermuntert, sich als Stoßtrupp eines antibolschewistischen Kreuzzuges zu betätigen. Selbst als die Kriegsgefahr unmittelbar wurde, der Zeitpunkt des faschistischen Überfalls auf Polen bereits feststand und die Regierung der UdSSR auf das dringlichste die Schaffung eines Militärbündnisses zwischen der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich anstrebt, betrieben die Westmächte eine Hinhaltenakt. Diese Politik brachte das erste Land des Sozialismus in eine außerordentlich schwierige Lage. Ihm droht die völlige Isolierung sowie der Zweifrontenkrieg in Europa und Asien. Mit dem Abschluß des sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939 vollzog die UdSSR einen unvermeidlich gewordenen Schritt, um Zeit zu gewinnen.

Protest gegen die Machenschaften von Neonazis in der BRD

Es ist ein Glück für die Menschheit, daß die Sowjetunion die schwere Prüfung bestanden hat und in 1418 Tagen des Krieges über den Faschismus siegte. Was wäre aus Europa, aus dem deutschen Volk geworden, wenn die Ereignisse anders verlaufen, wenn die Pläne Hitlers aufgingen? Daran sollten jene Politiker in der BRD denken, die es nicht für erforderlich halten, neonazistischen Kräften Einhalt zu gebieten. Obwohl der Faschismus sein abscheuliches, verbrecherisches Wesen in all ermalein enthüllt hat, formieren sich in der BRD neonazistische, rechtsextremistische Parteien und Gruppen, denen sogar der Einzug in Landesparlamente und die Beteiligung an den EG-Wahlen ermöglicht wurde. Sie schüren Haß gegen Ausländer, prüfen Revanche für die Niederlage im zweiten Weltkrieg und träumen von einem neuen Drang nach Osten.

Aus der bitteren Erfahrung mit dem Faschismus erheben wir entschiedenen Protest gegen diese neonazistischen Machenschaften. Wir unterstützen solidarisch die energischen Bemühungen der antifaschistischen und demokratischen Kräfte in der BRD, den Neonazis Einhalt zu gebieten. (Starker Beifall)

Werte Anwesende, Genossinnen und Genossen!

Wenn wir noch unter dem Eindruck der machtvollen Demonstrationen zum 1. Mai und einen Tag nach den Kommunalwahlen, nach dem eindeutigen Votum der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik für die Kandidaten der Nationalen Front die Niederwerfung des Hitlerfaschismus durch die Sowjetunion und die anderen in der Antihitlerkoalition vereinten Staaten und

Völker würdigen, dann tritt uns um so mehr die historische Zäsur des 8. Mai 1945 vor Augen. Der sozialistische Staat auf deutschem Boden und das Bekenntnis seiner Bürger zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft stehen — wer wollte daran zweifeln — in einem ursächlichen Zusammenhang zu diesem Datum.

Die Niederlage des Hitlerfaschismus setzte die progressiven Potenzen unseres Volkes frei, sie schuf in der sowjetischen Besatzungszone Bewegungsfreiheit für die Arbeiterbewegung und



für alle anderen antifaschistisch-demokratischen Kräfte. Entschlossen nahmen sie in Übereinstimmung mit den Abkommen von Jalta und Potsdam und mit Unterstützung der sowjetischen Militäradministration die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Angriff und führten sie konsequent durch. Voraussetzung waren die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, der in einem demokratischen Klärungsprozeß vollzogene Zusammenschluß von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf marxistischer Grundlage sowie die Schaffung eines überaus breiten politischen und sozialer Bündnisses aller demokratischen Kräfte im Geist der Freundschaft und Zusammenarbeit. Dieses Bündnis hat sich in Jahrzehnten gemeinsamer Arbeit stets bewährt.

Nach dem 8. Mai 1945 einte alle ein Ziel: Nie wieder Faschismus und Krieg, keine Wiederholung der Fehler von 1918. Konsequenz wurden grundlegende Reformen — wie die Bodenreform, die Enttarnung der Kriegsverbrecher und Naziführer, die Schulreform — durchgeführt, die ihrem Wesen nach die entscheidende Bewältigung der faschistischen Vergangenheit und den unwiderrücklichen Bruch mit den sozialen und geistigen Wurzeln des Imperialismus und Militarismus zum Inhalt hatten. Während in den Westzonen durch Volksentscheid oder Parlamentsbeschlüsse legitimierte Maßnahmen zur Entmachtung der Kriegsverbrecher, wie in Hessen oder Hamburg, auf dem Papier blieben, weil die Besatzungsmächte intervenierten und die westdeutsche Reaktion sabotierte, kam es bei uns zu einer gründlichen Abrechnung mit der faschistischen, militaristischen und imperialistischen Vergangenheit.

Diejenigen, die heute in der BRD so tun, als hätten beide deutsche Staaten gleichermaßen einen Nachholbedarf bei der Bewältigung der faschistischen Vergangenheit, entstellen die Tatsache. Zu offensichtlich ist: In der BRD wurden die Wurzeln des Faschismus und Militarismus nie angefasst, Nazirichter blieben in ihren Ämtern, das Monopolkapital konnte erneut die entscheidenden Machtpositionen erobern.

Generationen im Geiste des Antifaschismus und des Friedens erzogen

In der DDR wurde der Faschismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet, Generationen wurden im Geiste des Antifaschismus, der Völkerfreundschaft und des Friedens erzogen. Gerade weil wir das Vermächtnis der antifaschistischen Kämpfer erfüllten und weil wir es bewahren, sind wir sehr sensibel gegenüber allen Erscheinungen von Rassismus, Antisemitismus und Feindschaft gegen Ausländer, von Chauvinismus und kriegsverherrlichenden Ideologien. Wir werden solche Erscheinungen niemals dulden, denn wir wissen, wie es einst begonnen hat. Dies stellt eine Verpflichtung dar, den Anfängen zu wehren, immer wachsam zu sein und stets den Antifaschismus in Wort und Tat zu beweisen. (Anhaltender Beifall)

Die Befreiung vom Hitlerfaschismus eröffnete unserem Volk, die historische Chance, die imperialistische Klassengesellschaft für immer zu beseitigen und eine neue Gesellschaft aufzubauen. Von Anfang an fanden wir die

tatkraftige Hilfe und Unterstützung der Sowjetunion. Diese Hilfe setzte mit der Stunde der Befreiung ein. Schon am 9. Mai 1945 traf das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU (B), der Stellvertretende Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Genosse A. I. Mikojan, in Berlin ein und leitete persönlich die Sofortmaßnahmen zur Rettung der Einwohner der vom Krieg am schwersten betroffenen Städte Berlin und Dresden. In seiner Rede zum 60. Jahrestag der Gründung der UdSSR sagte der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatesrates der DDR, Genosse Erich Honecker: „Unvergessen bleibt der gegenwärtigen und den kommenden Generationen, daß Hunderttausende sowjetischer Soldaten trotz unermesslichen Leids, das der Faschismus über ihre Heimat gebracht hatte, nach den Maitagen 1945 als wahre Freunde des deutschen Volkes handelten. Die Erfahrungen der Arbeiter, Bauern und der Intelligenz unseres Landes mit sowjetischen Kommunisten in Uniform, die mit ihnen oft das eigene Brot teilten, die an ihrer Seite standen, als es galt, das Leben wieder in Gang zu bringen, und die ihnen schließlich halfen, selbst zu regieren, beseitigten Vorur-

teile und Verwirrung, schufen Vertrauen. Damit wuchs eine Völkerfreundschaft, wie sie so eng und dauerhaft nur der Sozialismus hervorbringen kann.“) Besatzungszeit und fehlende nationale Souveränität stellten vor der Gründung der DDR gewiß keinen Idealzustand dar. Aber das waren eben die Folgen der imperialistischen Raub- und Aggressionspolitik, der Machtpolitik der kriegsruhmredenden Konzernherren und Großgrundbesitzer. Auf das Schuldkonto dieser Klassen kam auch die Verpflichtung zur Wiedergutmachung. Wir sind dieser Verpflichtung zu Reparationsleistungen gewissenhaft nachgekommen.

Fest auf den Grundpositionen des Marxismus-Leninismus

In den ersten Jahren des Neuaufbaus war es natürlich und erklärbar, daß wir dem in der Sowjetunion beschrittenen Weg einen besonders hohen Grad von Allgemeingültigkeit beimessen haben. Doch haben sich in den 40 Jahren des Bestehens der DDR die ihr eigenen Wesensmerkmale immer stärker ausgeprägt, und zwar nicht im Widerspruch zu unseren sowjetischen Freunden, sondern begleitet von ihrer Unterstützung und ihren Ratschlägen. Es bleibt das historische Verdienst und eine herausragende theoretische Leistung der SED, daß sie zu keiner Zeit Grundpositionen des Marxismus-Leninismus, allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus preisgab und zugleich bei der Bestimmung der Innen- und Außenpolitik, der Wirtschafts-, Bildungs- und Kulturpolitik stets die nationalen Besonderheiten im Auge behielt. So entwickelte sich der Sozialismus in den Farben der DDR. Wir gehen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft einen unverwechselbaren Weg, dem die materiellen Bedingungen, progressive Traditionen, praktischen Erfahrungen und realisierbaren Möglichkeiten, über die die gesellschaftlichen Kräfte der DDR verfügen, zugrunde liegen.

Unverwechselbar ist das politische System der DDR. Es ist gekennzeichnet durch die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse und ihre Zusammenarbeit mit den befreundeten Parteien DEB, CDU, LDPD und NDPD, durch die im patriotischen Volkskampf gegen die imperialistische Politik der Zerreißung Deutschlands entstandene und längst zur sozialistischen Volksbewegung gewordene Nationale Front, durch die hohe Aktivität und Mitverantwortung der Gewerkschaften, des Jugendverbandes, der Frauenorganisation, der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und vieler anderer demokratischer Organisationen und Institutionen. In eindrucksvoller Weise hat die Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen gezeigt, wie der Grundsatz unserer sozialistischen Demokratie „arbeite mit — plane mit — regiere mit“ durch die konstruktive, vorwärtsdrängende Mitwirkung der Bürger an den gesellschaftlichen Angelegenheiten zur lebendigen Wirklichkeit wird.

Eigene Wege sind wir bei der Herausbildung des Eigentums an Produktionsmitteln gegangen. Neben dem volkseigenen, gesellschaftlichen Eigentum hatte und

hat das genossenschaftliche Eigentum immer einen hohen Rang. Sein Fortbestand ist in unserer Entwicklung nie in Frage gestellt worden. Waren drei Typen landwirtschaftlicher Genossenschaften geeignete Formen, um ohne Nationalisierung des Grund und Bodens eine vollgenossenschaftliche Landwirtschaft herauszubilden, so sind heute die Formen der Kooperation dazu bestimmt, die Landwirtschaft zu vervollkommen und ihre Produktivität weiter zu steigern.

Zusammen mit den Produktionsgenossenschaften des Handels haben selbständiges Handwerk und privater Einzelhandel ihren festen Platz in unserer Gesellschaft. Wir haben gelernt, die Entwicklung der Produktivkräfte, vor allem die Steigerung der Produktivität menschlicher Arbeit, zum wesentlichen Maßstab unseres Vorschreitens zu machen. Dabei mußten wir uns auch von manchen, sich nicht bewährenden Methoden wieder trennen. Mit den Kombinat in Industrie, Bauwesen, Verkehrswesen und bezirksgeleiteter Industrie wurde jene Form gefunden, die es ermöglicht, die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen sozialistischer Planwirtschaft zu verbinden und die Entwicklung und Anwendung der Hoch- und Schlüsseltechnologien voll zu nutzen. Diesem Zweck dienen auch die Maßnahmen zur engen Verflechtung von Wissenschaft und Produktion.

Unser Weg ist durch Kontinuität und Erneuerung gekennzeichnet

Die DDR verzeichnet seit Jahren ein dynamisches wirtschaftliches Wachstum. Rund vier Prozent beträgt auch im I. Quartal dieses Jahres der Zuwachs des produzierten Nationaleinkommens. Ein unverkennbares Merkmal dieser Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung ist die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sie findet vor allem ihren Ausdruck in dem umfassenden Wohnungsbauprogramm. Mehr als drei Millionen neugebaute oder modernisierte Wohnungen seit 1971 sind der Beweis für die erfolgreiche Verwirklichung dieses Programms, das Millionen Bürgern neue, bessere Wohnbedingungen bereitzustellen ermöglicht. Zu den Grundsätzen der Sozialpolitik gehören solche Maßnahmen wie die Preisstabilität für Grundnahrungsmittel, Tarife und Mieten, die Fürsorge für die Rentner, die Unterstützung junger Ehen, gehören Bildungswesen, Gesundheitspolitik und andere Garantien sozialer Geborgenheit und Sicherheit.

Die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR beruht auf der Initiative und dem Schöpferum aller Klassen und Schichten. Sie verlangt immer wieder Antworten auf neu auftretende Probleme. Wir haben uns stets den neuen Herausforderungen gestellt. Dies gilt insbesondere für die Entwicklung seit dem VIII. Parteitag der SED. Wenn man den Weg der DDR genauer betrachtet, dann ist er als ein Weg erkennbar, der durch die Einheit von Kontinuität und Erneuerung gekennzeichnet ist. Das beharrliche Festhalten an der Stärkung der Arbeiter- und Bauernmacht, an der Politik des wirtschaftlichen Wachstums, an der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, gleichzeitig aber auch Reformen in der Leitung und Planung der Wirtschaft, in Staat und Recht, Vervollkommen der sozialistischen Demokratie, Neuerungen im Bildungswesen und auf anderen Gebieten — all dies gehört zu den auf lange Sicht angelegten Wandlungen unserer Gesellschaft. So werden zielstrebig die Beschlüsse des XI. Parteitages der SED verwirklicht.

Unser Kurs ist klar: Er heißt wirtschaftliches Wachstum, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, sozialistische Demokratie, Verwirklichung der Menschenrechte. Einzig und allein diesem Ziel dienen alle Veränderungen politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Art, die wir heute vornehmen und in Zukunft durchführen werden. (Starker Beifall)

Was aber die propagandistischen Bemühungen westlicher Medien und anderer Kräfte angeht, uns von diesem Kurs abzubringen, so müssen sie, ob sie wollen oder nicht, zur Kenntnis nehmen, daß wir nach dem Motto Dantes handeln, das Karl Marx seinem „Kapital“ vorstellte: „Geh deinen Weg und laß die Leute reden.“

In der Welt des Sozialismus vollziehen sich gegenwärtig große Veränderungen. Beim Aufbau des Sozialismus entsteht in den einzelnen Ländern, wie es nicht anders sein kann, eine Vielfalt der Formen und Methoden, der Lösungen für bestehende Probleme. Diese Vielfalt oder Eigenart steht nicht im Widerspruch zur bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit, zur Einheit des Willens und Gemeinsamkeit des Ziels, den Sozialismus weiter zu stärken und den Frieden zu sichern. Wir gehen davon aus, daß jede Bruderpartei und jedes Volk eines sozialistischen Landes den Kurs, der eingeschlagen wird, selbst bestimmen, und zugleich treten wir für die Gemeinsam-

keit des Handelns in allen Grundfragen der Gegenwart ein.

Es darf natürlich nicht außer acht gelassen werden, daß sich in die Umgestaltung und Erneuerung auch Kräfte einschalten, die nicht die Stärkung, sondern die Beseitigung des Sozialismus erstreben. Das ist und bleibt das strategische Ziel der imperialistischen Gegner des Sozialismus und auch anderer Kräfte. Dabei werden unterschiedliche Methoden angewandt. Was die einen als direkte Attacke gegen den Sozialismus vortragen, unterstützen andere mit Empfehlungen für eine „Reformierung“ des Sozialismus, seine Schwächung von innen heraus. Dabei wird natürlich nicht zugegeben, daß es sich bei diesen Ratschlägen darum handelt, an die Stelle der sozialistischen die bürgerliche Demokratie, an die Stelle der Planwirtschaft die sogenannte „soziale Marktwirtschaft“, an die Stelle des Sozialismus den Kapitalismus, das System der Profitmacherei und Ausbeutung zu setzen.

Niemals wird es gelingen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen

Wir sind zutiefst überzeugt, daß es niemals und niemandem gelingen wird — mögen die Winde auch noch so stark wehen —, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, das Fundament, die Werte und Errungenschaften des Sozialismus zu zerstören und die weitere Stärkung des Sozialismus zu verhindern. (Starker Beifall)

Werte Anwesende! Genossinnen und Genossen!

Am 44. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus bekräftigen wir erneut die unerschütterliche Freundschaft, die unser Volk mit den Völkern der Sowjetunion, die SED mit der KPdSU verbindet. Wir betrachten diese Freundschaft, mit der das Werden und Wachsen der Deutschen Demokratischen Republik auf das engste verbunden ist, als eine historische Errungenschaft, die es für immer zu bewahren gilt. Das vertrauensvolle und bewährte Miteinander ist in beiden Ländern im Bewußtsein und in den Herzen der Menschen tief verwurzelt. Alle Versuche, an den festgefügt Banden zwischen unseren Völkern und Parteien zu rütteln, Gegensätze zwischen uns zu schüren, sind zum Scheitern verurteilt.

Nach dem Sieg über den Faschismus mußten in der UdSSR alle Anstrengungen auf den Wiederaufbau gerichtet werden. Der von den imperialistischen Mächten ausgelöste kalte Krieg, der das Ziel verfolgte, den Sozialismus einzudämmen, erforderte gewaltige Leistungen zur Brechung des Atommonopols der USA und zur Herstellung des militärisch-strategischen Gleichgewichts. Ein Rückgang des Wirtschaftswachstums und Versäumnisse im sozialen Bereich führten in den 70er Jahren in der Sowjetunion zu einer Stagnation. Ihre Beseitigung wurde mit dem auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU beschlossenen Kurs der Umgestaltung, der beschleunigten sozialökonomischen Entwicklung in Angriff genommen.

Mutig hat die Partei Lenins einen überaus schwierigen Prozeß in Angriff genommen

Der Prozeß der Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus, des politischen Systems und des geistig-kulturellen Lebens dient der vollen Entfaltung aller materiellen und geistigen Potenzen, über die die Sowjetunion verfügt. Er ist, wie der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR, Michail Gorbatschow erklärte, „eine ernste Angelegenheit auf lange Sicht“. In seiner Rede in London am 7. April 1989 sagte er: „Wir sind der Umgestaltung mit offenen Augen entgegengegangen. Wir sahen die Schwierigkeiten und das Ungewöhnliche dieses Prozesses voraus. Wir waren uns im klaren darüber, daß sie die ganze Gesellschaft bis in die Wurzeln erschüttern wird. In den wichtigsten Fragen haben wir keine Fehler gemacht. Etwas anderes ist es, daß sich die Ausmaße vieler innerer Probleme — politischer, ökonomischer, sozialer und moralischer — nicht gleich zeigten, sondern erst im Verlauf des begonnenen Prozesses. Das erfordert immer neue Herangehensweisen und Entscheidungen, angespannte intellektuelle und geistige Arbeit.“)

Mit der Umgestaltung hat die Leninsche Partei mutig und entschlossen einen überaus schwierigen, komplizierten, aber notwendigen Prozeß in Angriff genommen. Wir haben unsere Unterstützung für die Umgestaltung in der Sowjetunion wiederholt zum Ausdruck gebracht und durch Taten bewiesen. Prägnant und unmißverständlich wurde unsere Haltung in der Gemeinsamen Pressemitteilung über das Treffen zwischen Erich Honecker und Michail Gorbatschow im September 1988 in Moskau formuliert. Dort heißt es: „Die SED und das Volk der DDR bringen ihre einmütige Unterstützung für den Kurs der KPdSU zur Erneuerung der sowjetischen Gesellschaft zum Ausdruck. Sie sind davon überzeugt, daß die Erfüllung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU und die Festlegungen der XIX. Unionsparteikonferenz sowie der Erfolg der Umgestal-

tung in der UdSSR von großer Bedeutung für die Festigung des Friedens und die Stärkung des Weltsozialismus sein werden.“)

Bei dem gleichen Treffen vereinbarten Erich Honecker und Michail Gorbatschow, die in ihrer Intensität und Vielfalt beispiellosen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR auf einen noch höheren Stand zu bringen. Sie stützten sich dabei auf die Gemeinsamkeit der Ansichten zu den prinzipiellen Fragen der Außenpolitik und des sozialistischen Aufbaus.

Seit Bestehen der DDR ist die UdSSR unser größter Außenhandelspartner. Der Anteil der UdSSR am gesamten Warenaustausch der DDR beträgt fast 40 Prozent. Gleichzeitig ist die DDR der größte Außenhandelspartner der UdSSR, ihr Anteil am gesamten Warenaustausch der UdSSR beträgt 11 Prozent.

Großes Gewicht kommt der im Februar 1989 vereinbarten Konzeption der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit bis zum Jahre 2000 zu. Mit dieser Konzeption stellen sich beide Länder neuen, weit in die Zukunft weisenden Aufgaben.

Immer sichtbarer wird, daß die Zusammenarbeit zwischen der DDR und der Sowjetunion in zunehmendem Maße durch die breite Anwendung und Nutzung der Schlüsseltechnologien bestimmt wird. Davon zeugen neue technologische Spezialausrüstungen für die Mikroelektronik und neue Typen mikroelektronischer Bauelemente sowie Vereinbarungen zur flexiblen automatisierten Fertigung, zur Lasertechnik, Biotechnologie und anderen Gebieten moderner Wissenschaft, Technik und Produktion.

Kampfgemeinschaft SED-KPdSU ist Motor der Zusammenarbeit

Die Vertiefung der Spezialisierung und Kooperation stützt sich in immer stärkerem Maße auf die Fortschritte in Mikroelektronik und Rechentechnik und die auf ihrer Grundlage sich vollziehende Integration von Elektronik und Maschinenbau. Sie ist ein erstranges Erfordernis für ein hohes Tempo der Intensivierung der Produktion in beiden Ländern.

Stärker kommen auch die Direktbeziehungen zwischen Kombinat, Betrieben und wissenschaftlich-technischen Einrichtungen zur Wirkung, um das Potential der Zusammenarbeit auf fruchtige Sicht umfassender und effektiver zu erschließen.

Gegenwärtig bestehen über 150 Vereinbarungen zu Direktbeziehungen. Damit sind etwa 50 Prozent der Werktätigen der DDR-Industrie in die direkte Zusammenarbeit einbezogen.

Als Motor der Zusammenarbeit erweist sich mehr denn je die Kampfgemeinschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Man kann ohne Übertreibung feststellen, daß der Meinungs- und Erfahrungsaustausch beider Parteien in letzter Zeit bedeutend an Konkretheit, Sachlichkeit und schöpferischem Gehalt gewonnen haben.

Angesichts der vielen neuen Fragen, die vor unseren Parteien stehen, ist hoch einzuschätzen, daß zwischen ihnen ein langfristiges Programm gemeinsamer Forschungen auf gesellschaftswissenschaftlichem Gebiet vereinbart wurde.

Dies zeigt, wie intensiv und vertrauensvoll unsere Parteien, unsere Länder auf der Basis unversrückbarer Gemeinsamkeiten miteinander verbunden sind. Was dabei vor allem zählt, sind konkrete Taten. Wir sind uns bewußt, daß die Erweiterung der Zusammenarbeit in hohem Maße davon abhängt, welchen Beitrag jede Seite dazu leistet.

Zwischen SED und KPdSU besteht Übereinstimmung, daß jede Partei eigenverantwortlich die Politik ausarbeitet, die unter den konkreten Bedingungen ihres Landes erforderlich ist. Dies zu erkennen entspricht den Anforderungen unserer Zeit. Alle Manipulationen, um dies zu ändern, sind vergeblich. Darüber sollte man sich in der westlichen Welt im klaren sein.

Das Bündnis zwischen DDR und UdSSR ist unerschütterlich

Ganz klar wird in der bereits erwähnten Gemeinsamen Pressemitteilung die Feststellung getroffen: „Die KPdSU und das Sowjetvolk wünschen der SED und den Werktätigen der DDR weiterhin Erfolg bei der Verwirklichung des auf die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gerichteten Kurses der Partei und bei der Erfüllung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED zur Stärkung des sozialistischen deutschen Staates zum Wohle seines Volkes.“)

Das Bündnis zwischen der DDR und der UdSSR, zwischen der SED und der KPdSU ist unerschütterlich. Für uns war, ist und bleibt die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjet-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Die Verpflichtung des 8. Mai 1945

(Fortsetzung von Seite 3)

union im Geiste Karl Liebknechts, Ernst Thälmanns und Wilhelm Piecks stets unverrückbar Maxime unseres Handelns. (Anhaltender starker Beifall).

Werte Anwesende, Genossinnen und Genossen!

Mit dem 8. Mai 1945 schwiegen in Europa die Waffen. Seit diesem Tage wuchs die Hoffnung der Menschheit auf dauerhaften Frieden, die Erwartung, daß niemals wieder die Geißel des Krieges drohen werde. Europa erlebte seitdem vor allem dank der Friedenskraft des Sozialismus die längste Friedensperiode in seiner Geschichte.

Heute bietet sich den Europäern die einzigartige Chance, die längste Friedensperiode ihrer Geschichte zu einem immerwährenden Frieden zu gestalten. Zu keiner Zeit seit dem zweiten Weltkrieg waren die Möglichkeiten dafür so real wie heute. In unserer dicht besiedelten, hochindustrialisierten Region würde nicht nur ein Nuklearkrieg, sondern auch ein Krieg mit konventionellen Waffen die Zivilisation zugrunde richten. Was not tut ist, diese Erkenntnis mit aller Konsequenz in Politik umzusetzen.

Es ist kein Zufall, daß die Hoffnungen der Völker auf eine solche Wende in der Weltentwicklung und der europäischen Entwicklung vor allem mit dem Wirken der Sowjetunion und aller anderen Länder des Sozialismus verbunden sind: Befreiung der Welt von Kernwaffen bis zum Jahre 2000; unverzügliche Beseitigung der chemischen Waffen; allgemeine und umfassende Abrüstung auf dem Wege zu einem weltumspannenden, allseitigen System internationaler Sicherheit und Zusammenarbeit — diese von Michail Gorbatschow vor der UNO-Vollversammlung erneut bekräftigte Politik des Sozialismus zieht die Völker in ihren Bann. Sie hat bereits viel in Bewegung gebracht und das weltpolitische Klima zum Besseren verändert.

Mit dem historischen Abkommen über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen wurde der Einstieg in die Abrüstung vorgenommen. Die Staaten des Warschauer Vertrages haben ein umfassendes Konzept zur zügigen Fortsetzung des Abrüstungsprozesses vorgelegt. Der von der Tagung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 11. und 12. April 1989 vorgeschlagene Drei-Phasen-Plan zur Reduzierung der konventionellen Rüstungen und Streitkräfte in Europa ist die Antwort auf die Frage, wie erreicht werden kann, daß beide einander gegenüberstehende Militärkoalitionen unfähig zum Angriff sind. Seine Verwirklichung könnte — zusammen mit der Ausweitung von vertrauens- und sicherheitsbildenden sowie Kontrollmaßnahmen — Europa an der Schwelle zum Jahre 2000 von der Bedrohung des Krieges befreien. Dies wäre zweifellos ein Beispiel für die ganze Welt.

Zu alledem leistete und leistet die Deutsche Demokratische Republik ihren aktiven Beitrag. In den 40 Jahren seines Bestehens hat sich der sozialistische Staat auf deutschem Boden als zuverlässiger Faktor des Friedens, der Stabilität und Sicherheit erwiesen. Dies beweisen die Ankündigung Erich Honeckers über die Reduzierung der Stärke der Nationalen Volksarmee und der entsprechenden Militärtechnik, die gemeinsamen Initiativen der DDR und der CSSR für die Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone und eines atomwaffenfreien Korridors, die Verständigung zwischen SED und SPD über die Nichtangriffsfähigkeit der Militärkoalitionen und viele weitere Schritte für Vernunft und Realismus in den internationalen Beziehungen.

Völker erwarten mit Ungeduld adäquate Antwort der NATO

Anläßlich des 40. Jahrestages der Befreiung unseres Volkes vom Faschismus wenden wir uns an alle, die sich ein friedliches gemeinsames europäisches Haus wünschen, zu verhindern, daß die ersten Anfänge von Abrüstung einer neuen Runde des Wettrüstens zum Opfer fallen. Die Erklärungen verantwortlicher Politiker und Militärs aus NATO-Staaten geben zu dieser Befürchtung allen Anlaß.

Der bekannte amerikanische Diplomat und Politiker George F. Kennan stellte vor kurzem besorgt fest: „Der Beobachter sucht bei den Verantwortlichen in den drei NATO-Hauptstädten — London, Paris und Washington — ... vergeblich nach Anzeichen für eine Bereitschaft, die bisherigen NATO-Richtlinien angesichts einer veränderten Sowjetpolitik neu zu überdenken. In letzter Zeit sind für die NATO-Streitkräfte nennenswerte Veränderungen weder vorgenommen noch geplant worden, und auf seiten des Westens scheint sich auch kein signifikanter Umbruch bei den laufenden Abrüstungsverhandlungen anzubahnen. Im Gegenteil: Pläne für die Entwicklung amerikanischer strategischer Kernwaffen werden unvermindert vorangetrieben und ausgeführt. Die Aussichten auf eine baldige entscheidende Verständigung über eine Reduzierung konventioneller Waffen in Europa sind düsterer, als sie es je waren.“⁵⁾ Soweit Kennan.

Die Völker erwarten mit Ungeduld eine adäquate Antwort der NATO auf das umfassende Abrüstungsangebot der Staaten des Warschauer Vertrages. Mit Reden ist es nicht getan. Nicht mit Forderungen nach weiteren Vorleistungen der sozialistischen Staaten, sondern nur mit eigenen konkreten Beiträgen kann die NATO die weitverbreiteten Zweifel an ihrer Bereitschaft zur Abrüstung ausräumen. Es besteht in der Tat kein Handlungsbedarf an der Modernisierung atomarer Kurzstreckenraketen und anderer Vernichtungswaffen.

Die Völker in Europa und in der Welt wollen keine Pause in der Abrüstung, sie wollen Abrüstung ohne Pause. Sie brauchen keine Politik der Stärke, sondern eine Politik der Verständigung, eine Politik des Friedens. (Starker Beifall)

Dabei ist auch die Bundesrepublik mehr denn je gefordert. Es würde der Erklärung der Regierung der BRD, daß sie bereit ist, Frieden zu schaffen mit weniger Waffen, entsprechen, wenn sie sich gegenüber ihren amerikanischen und anderen Bündnispartnern ohne Wenn und Aber, ohne die Entscheidung auf später zu verschieben, entschlossen gegen die Modernisierung und für die Beseitigung der atomaren Kurzstreckenraketen aussprechen würde. Denn wie man auch in Bonn sehr genau weiß, richtet sich die Bedrohung durch dieses Teufelszeug einzig und allein gegen die Bevölkerung der BRD und der DDR. Von deutschem Boden darf aber nie wieder Krieg ausgehen, noch darf er jemals wieder Kriegsschauplatz werden, hier muß ein für allemal Frieden herrschen. (Starker Beifall)

Unser Beitrag zur Stärkung des Sozialismus in der Welt

Neben der Priorität der Friedenssicherung ist ein klarer Blick für die gesellschaftlichen, staatlichen und politischen Realitäten notwendig, wie sie sich im Ergebnis des zweiten Weltkrieges herausgebildet haben.

Die Erfahrung zeigt, daß es in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD immer dann konstruktiv voranging, wenn auch die BRD in der Praxis die Realität der Existenz zweier deutscher Staaten in Rechnung stellte, wenn diesen Beziehungen die Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität und Nichteinmischung, Vernunft, Augenmaß und Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen zugrunde liegen.

Obwohl es auf verschiedenen Gebieten der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD begrüßenswerte Fortschritte gibt, sind die Möglichkeiten, die während des offiziellen Besuchs Erich Honeckers in der BRD abgesteckt wurden, bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Die DDR ist gewillt, den Ausbau der Beziehungen ausgehend vom Grundlagenvertrag und dem Gemeinsamen Kommuniqué vom September 1987 zügig fortzusetzen und die in beiden Dokumenten enthaltenen Festlegungen mit Leben zu erfüllen.

Genossen und Freunde!

Immer mehr Menschen in der Welt verknüpfen ihre Hoffnungen auf eine Welt ohne Waffen, ohne Gewalt, mit der Friedenspolitik des Sozialismus. Seine Ideen, seine Vorschläge und Initiativen stimmen überein mit den Grundinteressen der Menschheit an Frieden und Fortschritt. Sie prägen den Inhalt der Epoche, in der wir leben. Der Sozialismus ist und bleibt die einzig mögliche Alternative zur Ausbeutung, Unterdrückung und Mißachtung der Menschenrechte, wie sie in der kapitalistischen Gesellschaft herrschen. Für uns ist das Verpflichtung, Seite an Seite mit der Sowjetunion, mit China und den anderen sozialistischen Ländern alles zu tun, damit der Sozialismus, gleich in welchen Farben, er verwirklicht wird, seine Effektivität erhöht und sein Friedenspotential noch umfassender zur Geltung bringt.

Mit der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR tragen wir zur weiteren Stärkung des Sozialismus in der Welt bei. So ehren wir am besten die Opfer des zweiten Weltkrieges, alle, die im Kampf gegen den Faschismus gefallen sind. So erfüllen wir die Verpflichtung, die sich aus dem 8. Mai 1945, aus der Befreiung unseres Volkes vom Faschismus durch die Sowjetunion und ihre Verbündeten ergibt.

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg von deutschem Boden, ewige Freundschaft mit der Sowjetunion, Frieden und Verständigung mit allen Staaten und Völkern — dies ist und bleibt für die Deutsche Demokratische Republik das eherne Gebot des Handelns, das Leitmotiv ihrer Politik. (Lang anhaltender, starker Beifall)

¹⁾ Erich Honecker: Reden und Aufsätze, Bd. 9, Berlin 1985, S. 161/162

²⁾ Rede Michail Gorbatschows in London am 7. April 1989 (TASS russisch)

³⁾ Neues Deutschland, 30. 9. 1988

⁴⁾ Ebenda

⁵⁾ Die Zeit, 21. April 1989